



## F a k t e n u n d A r g u m e n t e



*Angela Merkel:  
Die CDU wird die  
letzten 14 Tage  
vor der Wahl zum  
Berliner Abgeord-  
netenhaus am 21.  
Oktober offensiv  
nutzen. Es geht  
um die Rolle Ber-  
lins in Europa und  
in der Welt. Weder  
eine rot-rote Ko-  
alition noch eine  
Ampel sind eine  
zukunftsfähige  
Perspektive unse-  
rer Hauptstadt.*

ANGELA MERKEL:

### Entschlossen gegen den interna- tionalen **Terrorismus** kämpfen

„Außerordentlich besonnen und differenziert, aber auch entschieden“ haben die USA am Sonntagabend ihre ersten Militärschläge gegen Ziele in Afghanistan geführt.

Nach einer Präsidiumssitzung am 8. Oktober hat dies die Parteivorsitzende US-Präsident George W. Bush und den Amerikanern bescheinigt und für die CDU erklärt: „Wir stehen klar und

uneingeschränkt hinter unsere Verbündeten.“

Angela Merkel: „Es geht nicht um Krieg gegen ein Volk, sondern um Kampf gegen den internationalen Terrorismus.“ Deshalb auch Militärschläge gegen wichtige logistische Ziele in Afghanistan und gleichzeitig die Lieferung von Nahrungsmitteln und Hilfsgütern für die afghanische Bevölkerung.“ (Seite 2)

### INHALT

#### CDU/CSU-ANTRAG:

Sicherheit 21 – Was zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus jetzt zu tun ist  
SEITE 4–5

#### LAURENZ MEYER:

Mit Kompetenz, Kreativität und Professionalität in den Wahlkampf 2002  
SEITE 6–7

#### ERWIN MARSCHEWSKI:

Rot-Grün im EP kündigt Asylkompromiss auf  
SEITE 8

## Wir müssen unsere **Sicherheits-**architektur neu überdenken

Das Präsidium der CDU hat am 8. Oktober auch die Lage in Deutschland nach den Terroranschlägen vom 11. September und nach Beginn der Militäraktionen in Afghanistan beraten. Tenor: „Wir müssen die gesamte Sicherheitsarchitektur der Bundesrepublik Deutschland neu überdenken.“

In vier Punkten hat die Parteivorsitzende das Ergebnis der Beratungen vorgestellt:

- Wir brauchen endlich die Bundeswehrreform und eine Finanzausstattung der Streitkräfte, die es möglich macht, den Verteidigungsauftrag der Bundeswehr zu erfüllen.
- Wir brauchen die Einrichtung einer zentralen Erfassungsstelle, die alle sicherheitsrelevanten Daten nach einheitlichen Kriterien sammelt und interpretiert. Angela Merkel forderte erneut

die Schaffung eines „Bundesamts für Sicherheit“.

■ Entschieden gegen die von Hans Eichel vorgeschlagene „Financial Intelligence Unit“ beim Bundesfinanzminister sprach sich das Präsidium mit der Begründung aus: Das Sammeln von Daten soll sich auf die Bekämpfung des Terrorismus beschränken.

■ Durch die Grenzverschiebung zwischen innerer und äußerer Sicherheit steht die Bundeswehr künftig im Innern vor Aufgaben, die die Polizei nicht erfüllen kann, zum Beispiel: Schutz der Kernkraftwerke gegen Angriffe aus der Luft, Abwehr von Anschlägen mit biologischen oder chemischen Waffen.

Das Präsidium hat eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die unter der Leitung der Parteivorsitzenden die rechtlichen Fragen klären soll, die mit den Aufgaben der Bun-

deswehr im Innern verbunden sind. Weitere Mitglieder der Arbeitsgruppe: Jürgen Rüttgers, Jörg Schönbohm, Wolfgang Schäuble, Wolfgang Bosbach und gegebenenfalls ein Verfassungsrechtler.

Ein wichtiges Thema der Beratungen im Präsidium war die wirtschaftliche Lage in Deutschland. Nachdem sich die konjunkturelle Entwicklung nach dem Terroranschlägen in den USA noch weiter verschlechtert hat, als das vorher schon der Fall war, ist es grundverkehrt, wenn die Bundesregierung jetzt für mehr Sicherheit die Steuern erhöht.

Angela Merkel forderte auch bei dieser Gelegenheit, die Steuerreform vorzuziehen: „Ohne einschneidende Maßnahmen kann Deutschland seinen Beitrag zur wirtschaftlichen Stabilisierung der Weltlage nicht leisten.“

### IMPRESSUM



UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Ernst-Jörg Neuper, Klingelhöfer Str. 8, 10785 Berlin, Telefon (030) 22070-370, e-mail: ernst.neuper@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. (02226) 802-0, Telefax (02226) 802-111/333, Vertrieb: Tel. (02226) 802-123, Verlagsleitung: Bernd Profitlich, Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 50000), Postbank Köln Nr. 193795-504 (BLZ 370 100 50), Abonnementpreis jährlich 60,- DM, Einzelpreis 1,60 DM, Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

GENERALSEKRETÄR LAURENZ MEYER:

# Wirtschaftspolitik der Regierung ist Gift für Wachstum und Beschäftigung

**Zu den neusten Zahlen vom Arbeitsmarkt erklärte Generalsekretär Laurenz Meyer:**

Der Versuch von Bundesarbeitsminister Riester, die Weltkonjunktur für die miserable Lage auf dem Arbeitsmarkt verantwortlich zu machen, ist zynisch. Die Probleme sind hausgemacht.

Die Ursache für diese Situation liegt in der desaströsen Wirtschaftspolitik der Schröder-Regierung. Die Bundesregierung hat es mit ihrer Steuerreform verschlafen, Bürger und mittelständische Wirtschaft ausreichend zu entlasten. Wir haben es mit einem Wachstumseinbruch zu tun, der mit der Weltkonjunktur kaum etwas zu tun hat.



den Normalverdienern erneut an die Brieftasche. Eichels Pläne sind Gift für Wachstum und Beschäftigung in Deutschland.

Von der Bundesregierung ist jetzt Handlungsfähigkeit gefordert. Deutschland braucht Entlastung statt Belastung von Bürgern und Mittelstand. Die Steuersenkungsschritte aus den nächsten Stufen der von Rot-Grün geplanten Steuerreform für 2003 und 2005 müssen vorgezogen werden. Angesichts der weltpolitischen Situation wird das umso dringlicher.

Zu einer wachstumsbelebenden Politik gehören ebenso die Aussetzung der nächsten Stufe der Ökosteuer und die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes. Hier müssen insbesondere die Einstellungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten verbessert

werden. Deutschland braucht die Einführung des Kombilohns, die Abschaffung der bürokratischen Regelungen beim 630-Mark-Gesetz und der Scheinselbstständigkeit sowie bessere Möglichkeiten für befristete Verträge und Leiharbeitnehmer.

## Wir brauchen langfristige Konzepte

Konjunkturprogramme halten wir für den falschen Ansatz. Was wir brauchen sind mittel- bis langfristige Konzepte für mehr Wachstum und Beschäftigung. Das erst entlastet Bürger und Mittelstand und sorgt zugleich für mehr Einnahmen für die Staatskasse.

Diese Forderungen, die wir seit langer Zeit erheben, werden von führenden Wirtschaftsfachleuten und den tragenden Wirtschaftsverbänden gestützt. Allein der Kanzler und die Bundesregierung verharren in Untätigkeit.

[http://](http://www.ducsu.de)

Weitere Erklärungen zum Thema Arbeitsmarkt:  
[www.ducsu.de](http://www.ducsu.de)

## Steuerreform vorziehen

Die Preissteigerungsrate frisst die Lohnsteigerung komplett auf. Die Bürger haben rund ein Prozent weniger in der Tasche als im Vorjahreszeitraum. Mit neuen Steuererhöhungsplänen geht des Kanzlers ruhige Hand dem Mittelstand und

# Was zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus **jetzt zu tun** ist

Mit den Terror-Angriffen in den USA wird die neue Dimension der Bedrohung unserer Sicherheit erkennbar. Noch fehlt es an einem vollständigen Bild der Lage. Aber bereits die Silhouette zeigt deutlich: Die Gefahren sind unmittelbar und größer, als wir uns bisher vorgestellt haben.

Die neuen Herausforderungen an unsere Sicherheit zwingen uns zu einer neuen Sichtweise und zu veränderten Schwerpunkten bei den Aufgaben des Staates. Unser Gemeinwesen wird mehr Einsatz für die innere und äußere Sicherheit aufbringen müssen, als uns bisher notwendig erschien.

## I. Investition in die Sicherheit ist Investition in die Freiheit

Gefährlichkeit und Brutalität der Angriffe zeigen: Wir brauchen sehr viel mehr hochqualifiziertes Personal, Know-how und Ausrüstung für unsere Sicherheitskräfte, als wir bisher zu finanzieren bereit waren. Wir werden dauerhaft mehr als bisher von

Erleichterter Einsatz der Bundeswehr im Innern und eine neue Kronzeugenregelung sind die wichtigsten Punkte des Programms *Sicherheit 21*, das am 9. Oktober Friedrich Merz und Michael Glos vorgestellt haben.

unserem erwirtschafteten Wohlstand für die innere und äußere Sicherheit einsetzen müssen, wollen wir eben diesen Wohlstand erhalten.

## II. Freiheitliche Rechts- und Gesellschaftsordnung schützen durch einen aktiven Staat

Die Sicherheitskräfte müssen die notwendigen Befugnisse erhalten, um erfolgreich in die Strukturen des staatlichen und nicht-staatlichen Terrorismus eindringen zu können. Konsequenz u.a.: Für Straftaten, die dem Kernbereich der Organisierten Kriminalität und des Terrorismus zuzurechnen sind, muß wieder eine Kronzeugenregelung gelten.

## III. Kein Platz für Terroristen in Deutschland

Die innere Sicherheit muss ein wesentlicher Gesichtspunkt im gesamten Ausländer- und Asylrecht werden. Im Vordergrund muss das nationale Interesse am Schutz vor Kriminalität und Terrorismus stehen. Wer eine Gefahr für die innere Sicherheit in Deutschland ist, darf nicht durch deutsches Asylrecht geschützt sein.

## IV. Für eine umfassende Strategie zur Integration

Die überwältigende Mehrheit der in Deutschland lebenden Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit verurteilt die terroristischen Gewalttaten genauso wie ihre deutschen Landsleute. Jedem Generalverdacht und entsprechenden Vorurteilen gilt es daher, entschieden entgegenzutreten. Alle hier lebenden Menschen müssen es unabhängig von ihrer Staatsan-

gehörigkeit als ihre Pflicht begreifen, gegenüber unserem Staat und unserer Gesellschaft loyal zu sein. Deshalb müssen Ausländer auf allen Ebenen auch in die Terrorismusbekämpfung eingebunden werden.

### V. Die Sicherheit Deutschlands ist von der Sicherheit Europas nicht zu trennen

Der Kampf gegen den Terrorismus muss mehr denn je ein vorrangiges Ziel der EU sein. Wir wollen einen europäischen Sicherheitsraum, in dem nationale Grenzen die Gewährleistung von Sicherheit und die Verfolgung von Straftätern nicht weiter behindern.

### VI. NATO-Bündnisfähigkeit herstellen – Investitionen in die Bundeswehr

Die neuen Bedrohungsszenarien lehren uns, dass wir es uns nicht länger leisten können, die Sicherheitskräfte aufgeteilt, getrennt und isoliert voneinander agieren zu lassen. Daraus ergeben sich folgende Konsequenzen: Neben der Landes- und Bündnisverteidigung sind in den 90er Jah-

ren Auslandseinsätze außerhalb des Bündnisgebiets als neue Aufgaben für die Bundeswehr hinzugekommen. Nun sind auch die Streitkräfte vor die Aufgabe gestellt, ihren Beitrag zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus zu leisten. Die Bundeswehr ist daher für ihre Aufgaben finanziell, personell und materiell angemessen auszustatten. Die laufende Bundeswehrreform bedarf u.a. folgender Korrekturen: ■ Verstärkung der Objektsicherungskräfte. Wir fordern ihre substantielle Verstärkung, auch um die Kampftruppen von Objektschutzaufgaben zu entlasten. ■ Verstärkung der Pionierkräfte und der ABC-Schutztruppe. Kräfte zur Bekämpfung atomarer, biologischer und chemischer Gefahren werden künftig verstärkt benötigt.

In besonderen Gefährdungslagen: Einsatz der Bundeswehr im Rahmen ihrer spezifischen Fähigkeiten ergänzend zu Polizei und Bundesgrenzschutz. Dafür sind klare Rechtsgrundlagen zu schaffen.

[http://](http://www.ducsu.de)

**Voller Wortlaut der Initiative, die detailliert auf alle Punkte der äußeren und inneren Sicherheit eingeht:  
[www.ducsu.de](http://www.ducsu.de)**

### VII. Dem internationalen Terrorismus durch einen globalen ordnungspolitischen Ansatz begegnen

Von der dauerhaften Festigkeit der von den USA geschaffenen internationalen Anti-Terrorcoalition wird der Erfolg der Terrorismusbekämpfung maßgeblich abhängen.

### VIII. Internationalem Terrorismus vorbeugen durch langfristige Entwicklungsstrategien

Wollen wir globalem Terrorismus und Extremismus dauerhaft vorbeugen, bedarf es hierfür auch eines umfassenden und langfristigen entwicklungspolitischen Konzeptes. So gut wie alle Länder, denen man die Unterstützung von international agierenden Terroristen vorwirft, sind Entwicklungsländer. Die aus Armut und Bildungsmangel entstehende Perspektivlosigkeit und Frustration in vielen Entwicklungsländern schlagen vor allem unter Jugendlichen oft in Hass und Extremismus um und schaffen den Nährboden für neue Generationen von auch uns bedrohenden Terroristen. **UD**

# Wir gehen mit **Kompetenz**, Kreativität und Professionalität in den Wahlkampf

Unter dem Motto „Zuhören, Nachdenken, Bewegen“ hat Generalsekretär Laurenz Meyer am 4. Oktober in Berlin die CDU-Wahlkampfzentrale eröffnet.

„Zuhören“ sei wichtig, so Meyer, um die Anliegen der Bürger aufnehmen zu können, und „Nachdenken“ stehe für „solide und seriöse Konzepte“. Entscheidend sei jedoch, die als richtig erkannten politischen Inhalte auch umzusetzen, also etwas zu „bewegen“. Deshalb müsse die CDU „stärkste Fraktion im nächsten Bundestag werden, und wir werden das auch schaffen“, sagte der Generalsekretär. Gerade mit ihrer programmatischen Erneuerung habe die CDU in ganz erheblichem Maße dazu beigetragen, ihre Glaubwürdigkeit in den Sachthemen zu stärken.

## McCann-Erickson: Entscheidung für eine „integrierte Agentur“

Neben der programmatischen Positionierung müsse die CDU auch im Bereich

der Organisation fit für den Wahlkampf gemacht werden. Zunächst habe die Auswahl der Werbeagentur im Mittelpunkt der Überlegungen gestanden. Mit McCann-Erickson habe sich die CDU schließlich für eine „integrierte Agentur“ entschieden, die „alle Aufgaben erfüllen“ könne. Um eine enge Zusammenarbeit zwischen Werbeagentur und Konrad-Adenauer-Haus sicherzustellen, haben bereits führende Mitarbeiter von McCann-Erickson ihre Büros in die CDU-Bürogeschäftsstelle verlegt.

Mit der Einweihung der ARENA 02 des Konrad-Adenauer-Hauses „will die CDU verdeutlichen, dass wir mit einer ganz eigenen Konzeption den Wahlkampf bestreiten“, erklärte Laurenz Meyer. Denn Wahlkampfzentrale der CDU sei das „gesamte Adenauer-Haus“. Da die CDU allerdings nur über „ein gutes Drittel der Personalstärke der SPD und weniger als die Hälfte des Geldes“ verfügen



könne, müssten die Christdemokraten ideenreicher sein und über effiziente Strukturen verfügen. Außerdem müsse jeder Mitarbeiter beteiligt werden und die Möglichkeiten erhalten, seine „Stärken voll auszuspielen“, unterstrich Meyer.

## Neue Strukturen im Konrad-Adenauer-Haus

Um moderne und effiziente Strukturen im Konrad-Adenauer-Haus verankern zu können, hatten sich die Parteivorsitzende Angela Merkel und Generalsekretär Laurenz Meyer bereits im Frühjahr dieses Jahres auf die Schaffung „möglichst flacher Hierarchien“ verständ-

# www.cdu.de Champion im Parteientest

digt. Darüber hinaus wurde zum 1. Oktober eine neue Struktur im Adenauer-Haus etabliert, die sich im Kern aus vier Bereichen zusammensetzt: dem Bereich „Internes Management“ für Verwaltung, Personal, Finanzen und Recht sowie den Bereichen „Politische Programme und Analysen“, „Marketing und Interne Kommunikation“ und „Eventmanagement und Logistik“. Hinzu kommt eine Controllingstelle mit dem Finanzbeauftragten der CDU an der Spitze.

Um die Leitungsgruppe in der CDU-Bundesgeschäftsstelle möglichst optimal zu verzahnen, wird eine neue „Stabsstelle Wahlkampf“ eingerichtet.

## „Nachfrageorientiert“

Auf der 2. Etage im Konrad-Adenauer-Haus, der so genannten „Arena 02“ werden alle Arbeitseinheiten gebündelt, die im Hinblick auf das Wahlkampfjahr 2002 „Kontakte nach außen“ herstellen sollen. Deshalb finden sich dort die Büros der Mitarbeiter von McCann-Erickson, das Bürgerbüro und der Kandidatenservice. In diesem Zusammenhang betonte der Generalsekretär, dass die CDU „nachfrageorientiert“ arbeiten werde.

Das politische Informations-Portal „politik-digital“ hat einen aktuellen Ausflug ins WorldWide-Web unternommen und eine detaillierte Untersuchung der „Virtuellen Parteizentralen“ der Bundestagsparteien durchgeführt. Das Ergebnis: **www.cdu.de geht als Champion aus dem Parteientest hervor.**

„Mit einem ausgewogenen und in fast allen Kategorien überzeugenden Angebot ist der Sieg der CDU im Parteientest wohlverdient“, bilanziert Carolin Wetzel für politik-digital.

Die Untersuchung, die auch im Rahmen der Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung „Der Einfluss des Internet auf parteiinterne Kommunikations- und Organisationsprozesse“ veröffentlicht wurde, kommt weiter zu dem Ergebnis, dass die CDU die Möglichkeiten des neuen Mediums „am konse-

quentesten“ nutzen würde. „Das Angebot zeigt das klare Bemühen, mit dem Internet-Auftritt einen Mehrwert für die Besucher zu schaffen.“

„Sehr gut“ hat die CDU im Bereich „Service“ abgeschnitten: Besonders positiv heben die Autoren dabei den Newsletter, die Suchfunktion, den Presseservice, den Terminkalender und den E-Shop hervor. Gleiches gelte auch für die Interaktivität.



Hier überzeuge die „breite Streuung der Möglichkeit von Mitmach-Angeboten“: Spiele, SMS-Services, ein gutes Forum und regelmäßige Chats mit Bundespolitikern. Außerdem wird der Leitfaden für Internet-Neueinsteiger positiv hervorgehoben.

ERWIN MARSCHEWSKI:

# Rot-Grün im Europäischen Parlament kündigt **Asylkompromiss** auf

**Zu den Auswirkungen rot-grüner europäischer Zuwanderungspolitik auf die innenpolitische Sicherheitslage und zu den Ergebnissen des Anti-Terror-Gipfels der Justiz- und Innenminister der EU erklärte der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:**

Die deutschen Sozialdemokraten und die deutschen Grünen im Europäischen Parlament wollen eine Ausweitung des bereits massiven Zuzugs von Drittäusländern in die Europäische Union und speziell nach Deutschland.

Beide haben im Europäischen Parlament einer Richtlinie der EU-Kommission für Mindestnormen in Asylverfahren und die Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft die Mehrheit verschafft und sich erneut ausdrücklich gegen Bundesinnenminister Schily gestellt.

Die Richtlinie macht die wesentlichen zuzugsbegrenzenden Kernregelungen des Asylkompromisses aus dem Jahre 1993 rückgängig und weitet den Asylbegriff massiv aus:



## Nur die Spitze des Eisbergs

■ Drittstaatenregelung und ■ Flughafenregelung, die zu einem Asylbewerberückgang von 438.000 auf ca. 78.500 geführt haben, werden abgeschafft. ■ Verfahrensbeschleunigende Maßnahmen werden abgeschafft. ■ Flüchtlinge, die bisher nur zeitlich befristet Abschiebeschutz hatten, sollen wie Asylberechtigte dauerhaft bleiben können. ■ Es wird zu Verfahrensverzögerungen durch langwierige, mindestens dreistufige Verfahren kommen. ■ Bei unbegründeten Folgeanträgen (bei uns 2/3 aller Anträge) wird es keine Beschleunigung geben. ■ Eine kostenlose Rechtsberatung auf Staatskosten wird garantiert.

Vor dem Hintergrund der Terroranschläge auf die Vereinigten Staaten und unserer unzureichenden nationalen Sicherheit ist dieses undifferenzierte Verhalten von Rot-Grün nicht mehr nachvollziehbar. Eine ein-dimensionale offensive Zuwanderungspolitik ohne ausreichende Sicherheit für die eigene Bevölkerung darf es nicht geben. Deshalb stellt sich vor allem auch die Frage, was die auf dem Treffen der Justiz- und Innenminister der EU vom 28./29. September vereinbarten Anti-Terror-Maßnahmen noch bewirken sollen, wenn zugleich über solche Zuwanderungsrichtlinien die beabsichtigten Maßnahmen im Sicherheitsbereich weingespült werden. Bundesinnenminister Schily muss jetzt handeln. Er darf das Treiben in Brüssel im Asyl- und Zuwanderungsbereich nicht weiter ohne erkennbaren Widerstand zulassen. Er muss den Richtlinienentwurf ablehnen.

[http://](http://www.cducsu.de)

Mehr Informationen zum Thema Terrorbekämpfung:  
[www.cducsu.de](http://www.cducsu.de)



FRANK STEFFEL:

# Katastrophale Entwicklung auch auf dem Arbeitsmarkt in **Berlin**

In Berlin macht sich die Arbeitsmarktkrise immer mehr bemerkbar. Nach jüngsten Angaben des Landesarbeitsamts stieg die Zahl der Arbeitslosen in Berlin im September gegenüber dem Vorjahr um mehr als 16.000 auf insgesamt 273.000. Das sind die schlechtesten Zahlen seit 1996. Seit dem Amtsantritt von Rot-Rot-Grün sind damit mehr als 7.000 Berliner arbeitslos geworden.

Dieser kontinuierliche Anstieg der Erwerbslosen unter Rot-Rot-Grün zeigt, dass der Übergangssenat keinerlei Rezepte gegen die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit hat. Vollmundigen Versprechungen des Bundeskanzlers und des Regierenden Bürgermeisters, die Arbeitslosigkeit zu senken und Arbeitsplätze zu schaffen, folgen keine Taten.

Knapp zwei Wochen vor der Abgeordnetenhauswahl ist damit die Schonfrist für Rot-Rot-Grün endgültig abgelaufen und die Geduld vieler Menschen angesichts des Schröder-Wowereit-Debakels in der Arbeitsmarktpolitik zu Ende. Der weitere Nie-



”

*Knapp zwei Wochen vor der Wahl ist die Schonfrist für Rot-Rot-Grün endgültig abgelaufen.*

dergang ist vorgezeichnet durch die Bündnisse, die Wowereit mit der PDS und den Grünen eingehen will.

■

**Zur Sanierung des Haushalts erklärt der Vorsitzende der CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus:**

Sie darf niemals bedeuten, dem Bürger immer noch tiefer in die Tasche zu fassen und immer noch mehr Personal abzubauen. Denn Per-

sonalabbau nach dem Rassenmählerprinzip widerspricht jeder intelligenten Haushaltskonsolidierung. Wir wollen keine willkürliche Vernichtung von Arbeitsplätzen. Stattdessen müssen wir künftig ■ die Aufgaben des öffentlichen Dienstes optimieren, ■ Durchlaufzeiten in der Verwaltung minimieren, ■ Aufgaben da, wo dies sinnvoll ist, in den privatwirtschaftlichen Bereich verlagern, ■ betriebswirtschaftliches Management in der Verwaltung anwenden, ■ Kostensenkung durch Erhöhung des Output: Mehr Baugenehmigungen helfen der Wirtschaft.

Wir dürfen keinesfalls den Fehler machen, durch das Sparen Arbeitsplätze zu vernichten.

Zur Unterstützung bei diesen zukunftsweisenden Aufgaben habe ich mir zwei ausgewiesene Finanzexperten in das Berlin-Team geholt. **Peter Kurth**, Finanzsenator in der aufgekündigten Großen Koalition, und **Dietrich Austermann**, Finanzexperte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. **UD**

# Mehr Wirtschaftswachstum durch mehr Gerechtigkeit bei der **Unternehmensteuer**

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion fordert die Bundesregierung auf, die Gerechtigkeitslücken im Steuersystem zu schließen, um die Wirtschaft wieder auf einen nachhaltigen Wachstumspfad zu setzen. Die Unternehmensbesteuerung ist wieder rechtsformneutral zu gestalten. Das von der Bundesregierung vorgelegte Unternehmenssteuerfortentwicklungsgesetz ist in der vorliegenden Fassung hierzu nicht geeignet. Ebenso wie das Steuer senkungsgesetz 2000 bleibt es auf halbem Wege stehen. Bei der Überarbeitung sind als kurzfristige Korrekturen insbesondere folgende Punkte zu berücksichtigen:

■ *Vorziehen der nächsten Stufen der Steuerreform auf das Jahr 2002*

Die Tarifspreizung zu Gunsten der Kapitalgesellschaften ist ein wesentliches Merkmal der steuerlichen Benachteiligung von Personenunternehmen. Durch ein Vorziehen der bereits geplanten Stufen des Steuer senkungsgesetzes auf das Jahr 2002 würde diese Dis-

kriminierung reduziert. Neben den Unternehmen würden damit auch die Arbeitnehmer in den Genuss sinkender Steuerbelastung gelangen, die ihnen bislang – nicht zuletzt durch die Zusatzbelastung mit der Ökosteuern – versagt blieb.

Auf lange Sicht ist das Steuerrecht grundlegend zu reformieren. Eine deutliche Vereinfachung des Steuerrechts und niedrige Tarife sorgen für mehr Steuergerechtigkeit, schaffen Transparenz und Akzeptanz bei Bürgern und Unternehmen und schaffen damit die Grundlage für mehr Wachstum und Beschäftigung.

■ *Vollständige Wiederherstellung des früheren Mitunternehmererlasses*

Die vorgesehenen Regelungen zur Wiederherstellung der Rechtslage des früheren Mitunternehmererlasses sind mit Haken und Ösen versehen. Nach bisheriger Rechtslage ist die Buchwertfortführung im Rahmen der Übertragung von Wirtschaftsgütern zwischen Personenunternehmen ohne jegliche Be-

schränkung durch Fristen vorgesehen. Nun soll die steuerneutrale Übertragung von Wirtschaftsgütern an eine generelle Behaltfrist von 7 Jahren gekoppelt werden. Diese deutliche Einschränkung gegenüber dem geltenden Recht verhindert notwendige Umstrukturierungen in Personenunternehmen und treibt einen Keil zwischen Steuerrecht und Handelsrecht. Da im Gesetz vorgesehen ist, die Behaltfrist unwiderlegbar auszugestalten, schlägt in Härtefällen die volle Besteuerung zu. Viele Jahre später würde es daher zu Steuernachforderungen kommen, die zusätzlich auch noch in Höhe von 6 % zu verzinsen wären. Nicht wenige kleinere Betriebe werden deswegen um ihre Existenz bangen müssen.

■ *Keine Verschärfungen bei Aufgabe von Gewerbebetrieben*

Nach derzeitiger Rechtslage ist die entgeltliche Übertragung von Teilen eines Mitunternehmeranteils steuerbegünstigt. Die Regierung sieht nunmehr vor,

für diese Vorgänge nicht mehr den halben Steuersatz zu gewähren. Damit wird wieder einmal versucht, die Vorschriften bei Betriebsveräußerungen zu verschärfen. Nachdem bereits nach der Bundestagswahl 1998 der halbe Steuersatz für zwei Jahre (1999 und 2000) eingefroren wurde, ist dies ein weiterer Versuch der Bundesregierung, die Besteuerung des Mittelstandes zu verschärfen.

■ *Einführung einer Reinvestitionsrücklage für Personengesellschaften ohne eingebaute Fallstricke*

Die vorgesehene Reinvestitionsrücklage für Personunternehmen ist in ein derart enges Korsett gezwängt, dass sie nur für wenige, größere Unternehmen interessant ist. Es ist nicht einsichtig, wieso etwa ein Handwerksbetrieb, der Beteiligungen veräußert, nur wieder in solche externe Beteiligungen investieren darf und dies zudem nur innerhalb von zwei Jahren möglich sein soll. Wachstum- und beschäftigungschaffende Investitionen in seinem eigenen Betrieb bleiben ihm dagegen verwehrt. Kapitalgesellschaften werden diese Restriktionen bei ihren Anteilsveräußerungen nicht auferlegt. Sie erhalten so-

gar noch zusätzlich die Möglichkeit, bei Veräußerungsgeschäften anfallende Kreditzinsen steuerlich geltend zu machen. Die Regelungen für Beteiligungsveräußerungen von Personengesellschaften sind an die weniger restriktiven Vorschriften für Kapitalgesellschaften anzupassen.

■ *Rücknahme der zum 1. Januar 2001 überarbeiteten AfA-Tabellen*

Die Verschärfung der allgemeinen Abschreibungstabellen zum 1. Januar 2001 trifft mittelständische Unternehmen besonders hart. Die erfolgten Änderungen sollten daher zurückgenommen werden. Danach sind die Abschreibungstabellen grundsätzlich zu überarbeiten. Technische und betriebswirtschaftliche Überlegungen sollten dabei unter rechtzeitiger Beteiligung der Wirtschaft eine größere Rolle spielen.

■ *Faire Behandlung von ehrlichen Unternehmern bei der Bekämpfung des Umsatzsteuerbetrugs*

Insbesondere folgende von der Bundesregierung im Steuerverkürzungsbekämpfungsgesetz geplanten Maßnahmen können zur Belastung der deutschen Wirtschaft werden und sind da-

her kritisch zu überprüfen:  
 ► Einführung einer unan- gekündigten allgemeinen Nachschau, ► Auszahlung von Vorsteuerüberhängen gegen Sicherheitsleistung, ► Haftung des Leistungsempfängers für die schuldhaft nicht abgeführte Umsatzsteuer.

Denn jede gesetzliche Verschärfung wird auch redliche Unternehmer treffen. Die Betrüger werden schnell andere Wege des Betrugs finden. Die deutsche Wirtschaft braucht zurzeit alles andere als weitere Bürokratieauswüchse. Insbesondere kleine und mittlere Unternehmen sind mangels ausreichender Eigenkapitalausstattung auf die Vorsteuer als Finanzierungsinstrument angewiesen.

Zunächst sollten alle Möglichkeiten einer effizienteren Überwachung auf der Verwaltungsebene ausgeschöpft werden. So können bei der Bearbeitung von Umsatzsteuerfällen moderne Kommunikationsinstrumente, Risikomanagement- und Risikoanalysensysteme eingesetzt werden und dadurch Steuerausfälle vermieden werden.

[http://](http://www.cducsu.de)

Weitere Informationen  
zum Antrag:  
[www.cducsu.de](http://www.cducsu.de)



# DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

## BERLINER MORGEN

### Es geht los

Die Amerikaner schlagen zu. Gezielt auf lang erkundete militärische Ziele in Afghanistan. Nicht gegen Land und Leute, nicht gegen den Islam, sondern gegen die Taliban, die Schutzherren Osama bin Ladens. US-Präsident Bush hat sich fast vier Wochen Zeit gelassen. Nun zieht er den Ring zu. „Die Taliban müssen den Preis bezahlen“, sagte er in einer ruhigen, gemessenen Rede. Amerikaner und Briten benutzen nicht nur Bomben und Raketen. Sie werfen auch Lebensmittel und Hilfsgüter für die darben- de Bevölkerung ab. Das ist einmalig in einem Krieg. Die Strategie zeigt, dass man das Taliban-Regime destabilisieren und gleichzeitig unschuldige Menschen retten will.

Bild-Zeitung

### Der Ernstfall

Wer glaubte, Amerika werde nach den Terroranschlägen vom 11. September überreagieren, wurde eines Besseren

belehrt. Wer dagegen hoffte, die Vereinigten Staaten könnten „unterreagieren“, hat ebenfalls nicht Recht behalten. Die Amerikaner haben jetzt das Heft des Handelns auch militärisch in die Hand genommen, und sie sind sich einer weltweiten Allianz von über 40 Staaten sicher. Dieser Militärschlag werde getragen, so Präsident Bush, „vom kollektiven Willen der Welt“. Die US-Luftangriffe auf Afghanistan sind der Beginn des längst erwarteten und immer wieder angekündigten Vergeltungsschlags gegen die Drahtzieher und Operationsbasen des islamistischen Terrors, und sie klären die Fronten, die in den letzten Tagen wieder zu verwischen drohten. Die Warnung von George W. Bush an das Taliban-Regime, dass die Uhr abgelaufen sei, war demnach so ernst gemeint wie das Ultimatum an die afghanischen Unterstützer Bin Ladens, den Terrorchef auszuliefern oder die eigene Vernichtung zu riskieren. Man wird den Amerikanern nicht vorwerfen können, überstürzt gehandelt zu haben.

Die Welt

### Akribisch geplant

Amerika hat nach dem terroristischen Massenmord in New York und Washington eine kaum erwartete Geduld gezeigt und der friedlichen Lösung eine Chance gelassen. Dass die USA und Großbritannien jetzt zum militärischen Schlag ausholen, haben die Taliban einzig und allein selbst zu verantworten. Fast vier Wochen blieb ihnen Zeit, um die Angriffe abzuwenden. Doch in maßloser Selbstüberschätzung ihrer Möglichkeiten lehnten die selbsternannten Gotteskrieger alle Forderungen Washingtons ab, verbauten der Gerechtigkeit den Weg, indem sie die Auslieferung des Drahtziehers der Attentate, Osama bin Ladens, ebenso verweigerten wie die Schließung der Terroristencamps. Diesem unmenschlichen Regime, das mit fanatischer Besessenheit Gewalttäter ausbildet, Frauen wie minderwertige Geschöpfe behandelt, den Drogenhandel mit wachsender Intensität betreibt, gilt der Angriff, den



fast die ganze Welt unterstützt – nicht etwa dem friedlichen Islam. Hier klipp und klar zu unterscheiden, ist besonders den Deutschen aufgegeben, in deren Land zahlreiche Muslime als gute Nachbarn eine Heimat gefunden haben. Dem Terrorismus wurde jetzt der Kampf angesagt, nicht einer Religion, nicht dem afghanischem Volk. Die ersten Angriffe der Amerikaner bestätigen eine akribische Planung. Es gab keine Flächenbombardements, die stets auch die Zivilbevölkerung treffen. Gezielt richteten sich die Schläge gegen die militärische Infrastruktur, gegen die Luftabwehr: die Voraussetzung dafür, dass es Spezialtruppen gelingen kann, die Terroristen – an der Spitze bin Laden – unmittelbar zu fassen.

Neue Osnabrücker Zeitung

### Mit Augenmaß

Der Kampf der USA gegen den Terror der Islamisten hat sich vor den Augen der Welt zu einem Krieg weiterentwickelt. Niemand hat

nach dem 11. September etwas anderes erwartet. Amerika führt ihn entschlossen, erbittert, aber mit einem feinen Augenmaß. Selbst für die Menschen, die jetzt aus Kabul fliehen.

Neue Presse, Hannover

### Der eigentliche Kampf steht noch bevor

Am 7. Oktober um 18.27 Uhr hat der Krieg begonnen. Im Interesse einer erfolgreichen Fortsetzung des Kampfes gegen den Terrorismus ist zu hoffen, dass diese erste militärische Gegenaktion ein voller Erfolg wird. Auch politisch muss sie gelingen. Und das heisst, die Herrschaft der Taliban muss so vernichtend geschwächt werden, dass sie kollabiert. Aber dann wäre bin Laden noch längst nicht in der Gewalt der Amerikaner. Der eigentliche Kampf steht also noch bevor. Und er wird kaum zu gewinnen sein, ohne dass Spezialtruppen am Boden eingesetzt werden. Auch die Sicherheitslage in Deutschland hat sich verändert. Zur Panik be-

steht kein Anlass, aber zu noch mehr Schutzvorkehrungen. Wir müssen begreifen, dass wir auf Dauer in Freiheit nur leben können, wenn wir den Terrorismus entschlossen, wo immer er uns herausfordert, bekämpfen. Berliner Morgenpost

### Deutsche Welle nutzen

Es ist gut, dass der Bundeskanzler dem privaten US-Sender CNN ein Interview gegeben hat, schließlich ist es wichtig, die deutsche Position weltweit bekannt zu machen. Skandalös dagegen ist, dass Gerhard Schröder es bisher nicht für wichtig befand, dem mit über einer halben Milliarde Mark an Steuergeldern finanzierten deutschen Auslandssender Deutsche Welle Gleiches zu gewähren. Nach dem 11. September gilt aber auch für die deutsche Politik ein erhöhter Erklärungsbedarf nach draußen. Warum die Bundesregierung den eigenen Auslandssender dafür bisher nicht umfassend genutzt hat, steht in den Sternen. Die Welt

Telefax 02226/802-333

UBG

Medienzentrum

# Zuwendungs-Vordrucke BESTELLSCHEIN

Je 500 Exemplare  
inkl. Verpackung, Porto  
und Mehrwertsteuer \_\_\_\_\_  
41,- DM

Absender/KV-Nr.:

Versandanschrift (falls nicht identisch):

CDU-Verband oder Name

CDU-Verband oder Name

Ansprechpartner

Ansprechpartner

Straße

Straße

PLZ, Ort

PLZ, Ort

Telefon

Telefon

## Bankverbindung

Der Zahlungsmodus erfolgt ausschließlich per Lastschriftzug

Der Betrag soll von folgendem Konto per Lastschrift eingezogen werden

Bank

BLZ

Datum / 1. Unterschrift

Konto-Nr.

## Widerrufsrecht

Mir ist bekannt, dass ich diesen Auftrag innerhalb von zehn Tagen durch Mitteilung an das UBG Medienzentrum widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum / 2. Unterschrift

## So erreichen Sie uns!

Bei Rückfragen stehe ich Ihnen jederzeit zur Verfügung:  
Dieter Herzig      Telefon 02226/802-300  
Gerne helfen wir Ihnen auch bei der Gestaltung und Durchführung von anderen Druckerzeugnissen!  
Union Betriebs-GmbH  
Egermannstraße 2 - 53359 Rheinbach  
druckerei@ubg-medienzentrum.de

## Urkunden

„25 Jahre CDU-Mitglied

Best.-Nr.: 0396

„40 Jahre CDU-Mitglied

Best.-Nr.: 0644

„50 Jahre CDU-Mitglied

Best.-Nr.: 0071

DIN A4

50 Expl.: 12,00 DM/

6,14 EURO



## Ehrenabzeichen der CDU

10 Expl.: 17,50 DM/

8,95 EURO



## Urkunde ohne Jahresangabe

DIN A4

Best.-Nr.: 0097

50 Expl.: 12,00 DM/

6,14 EURO

## Ehrenabzeichen Bronze

„25jährige CDU-Mitgliedschaft

Best.-Nr.: 0233

## Ehrenabzeichen Silber

40jährige CDU-Mitgliedschaft

Best.-Nr.: 0235

## Ehrenabzeichen Gold

„50jährige CDU-Mitgliedschaft

Best.-Nr.: 0237

## Urkunde

„Für besondere Verdienste

DIN A4

Best.-Nr.: 0449

50 Expl.: 12,00 DM/

6,14 EURO

## Mappen für

Ehrenurkunden mit

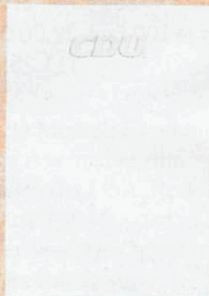
CDU-Logo-Prägung

DIN A4

Best.-Nr.: 0247

25 Expl.: 24,00 DM/

12,27 EURO



# UID

Union Betriebs GmbH  
Postfach 1190  
53348 Rheinbach  
PVSt, Deutsche Post  
Entgelt bezahlt.

2600-5-42720AKV

155/ 45  
G 8457

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.  
Postfach 12 60

53730 Sankt Augustin

## Broschüre „Zuwanderung steuern und begrenzen. Integration fördern.“

Beschluss des Bundesaus-  
schusses der CDU Deutsch-  
lands vom 7. Juni in Berlin

Bestell-Nr. 5762

Preis je 20 Expl. 28,00 DM  
(14,32 )



### ZUWANDERUNG STEUERN UND BEGRENZEN. INTEGRATION FÖRDERN.

Beschluss des Bundesauschusses der CDU Deutschlands  
vom 7. Juni 2001 in Berlin



**CDU**

## Zusammenfassung des Beschlusses „Zuwanderung steuern und begrenzen. Integration fördern.“

Bestell-Nr. 2763

Preis je 100 Expl. 22,00 DM  
(11,25 )



### ZUWANDERUNG STEUERN UND BEGRENZEN. INTEGRATION FÖRDERN.

Zusammenfassung des Beschlusses des  
Bundesauschusses der CDU Deutschlands  
vom 7. Juni 2001



**CDU**

## BESTELLANSCHRIFT

Bertelsmann Distribution GmbH  
– IS-Versandzentrum –  
Postfach 1162,33759 Versmold  
Telefax 05241-804 1892  
e-mail:  
cdu-shop@bertelsmann.de

Alle Preise gelten zzgl. MwSt. und Versand gemäß Versandbedingungen